

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

28.09.2023

# Inhalt

## EWN

|  |   |
|--|---|
| 1   <b>Risse an Kranbahnbalken im Atom-Zwischenlager</b><br><i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 28.09.2023</i> ..... | 3 |
| 2   <b>Begehren der Bürger gegen LNG-Terminal abgelehnt</b><br><i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 28.09.2023</i> .....   | 4 |

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 28.09.2023 | S. 11

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 dpa

## ZU KEINER ZEIT GEFAHR

# Risse an Kranbahnbalken im Atom-Zwischenlager

**Im Zwischenlager für radioaktiven Abfall in Lubmin sind an einem Bauteil Risse entdeckt worden. Gefahr besteht laut Verantwortlichen nicht. Es sind nicht die einzigen Mängel jüngster Zeit.**

Im Zwischenlager Nord (ZLN) für radioaktive Abfälle in Lubmin sind Risse an einem Kranbahnbalken entdeckt worden. Diese seien bei einer wiederkehrenden Bauwerksprüfung im Bereich einer Stütze aufgetaucht und seien wenige Millimeter breit, teilte die **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** am Dienstag mit. „Nach Feststellung des Schadens wurde der Bereich umgehend abgesperrt und der Kranbahnbetrieb in diesem Bereich bis auf weiteres eingestellt.“ Eine Freisetzung radioaktiver Stoffe sei zu jeder Zeit ausgeschlossen gewesen. „Mensch und Umwelt waren zu keiner Zeit in Gefahr.“

Die Schäden wurden den Angaben zufolge in Halle 8 des ZLN gefunden. Hier lagern Kernbrennstoffe sowie kernbrennstoffhaltige und damit hoch-radioaktive Abfälle. Auf den Kranbahnbalken läuft nach Angaben eines **EWN**-Sprechers normalerweise der Kran in der Halle entlang.

Derzeit liefen Abstimmungen mit einem Ingenieurbüro, hieß es von **EWN**. Es solle eine Konzept zur Instandsetzung erarbeitet werden. Laut Schweriner Umweltministerium soll es in der kommenden Woche einen Vor-Ort-Termin geben. „Die **EWN** GmbH hat dieses Er-

eignis als meldepflichtiges Ereignis der niedrigsten Kategorie eingestuft und alle Beteiligten fristgemäß informiert“, wurde Minister Till Backhaus (SPD) in einer Mitteilung zitiert. Es solle geklärt werden, ob es sich um oberflächliche Abplatzungen im Beton handelt oder weitere Schäden im Inneren des Betonbalkens vorliegen.

Ein neues Zwischenlager für die 74 Castor-Behälter aus Halle 8 ist bereits geplant. Es wird laut **EWN** aber frühestens 2027 in Betrieb gehen.

Erst Anfang August waren Mängel an Fässern aus dem ZLN mit radioaktiven Abfällen aufgetaucht. Diese Fässer stammten allerdings nicht aus Halle 8. Drei 200-Liter-Stahlfässer waren nach damaligen Angaben teils korrodiert und eines teilweise durchgerostet. Auch damals war eine Freisetzung radioaktiver Stoffe ausgeschlossen worden. Bei dem Inhalt der Fässer handelte es sich den Angaben nach um feuchten Schlamm, der aus der sogenannten Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW) stammt. Hier werden unter anderem mit einer Hochdruck-Nassstrahlanlage Bauteile des ehemaligen Kernkraftwerks in Lubmin gereinigt.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 28.09.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

👤 Maik Trettin

## KOMMUNALPOLITIK

# Begehren der Bürger gegen LNG-Terminal abgelehnt

## Prüfung der Zulässigkeit des zweiten Bürgerbegehrens noch nicht abgeschlossen

In Sassnitz wird es vorerst keinen Bürgerentscheid zum Bau des LNG-Terminals in Mukran geben - jedenfalls nicht zu der ursprünglichen Fragestellung. „Sind Sie für die Errichtung eines LNG-Terminals in Sassnitz-Mukran und akzeptieren damit die auftretenden Umweltschäden und Sicherheitsrisiken, obwohl die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Gasversorgung nicht nachgewiesen worden ist?“, hatte es in einem Bürgerbegehren geheißen. Darüber wollten weit über 1000 Einwohner abstimmen.

Doch die Stadtverwaltung monierte, dass die Fragestellung suggestiv und die Kommune nicht zuständig sei. Dieser Auffassung war die Mehrheit der Stadtvertreter bislang nicht gefolgt und hatte die vom Rathaus geforderte Zurückweisung des Bürgerbegehrens in zwei Abstimmungen abgelehnt. Auf der Stadtvertretersitzung am 26. September sprachen sich nun elf

Stadtvertreter für eine Ablehnung des Begehrens aus, fünf votierten dagegen.

Dass die Sassnitzer zu dem Projekt gefragt werden, hoffen die Initiatoren und auch viele Stadtpolitiker weiterhin. Sie setzen auf ein zweites Bürgerbegehren, das von den selben Initiativen Ende Juli gestartet wurde. Bei der Fragestellung geht es diesmal darum, dass die Stadt Sassnitz als Hauptgesellschafterin der Fährhafengesellschaft ihren Einfluss geltend macht und alle Schritte, die zum Bau des Terminals führen könnten, untersagt. Die rechtliche Prüfung dieses Bürgerbegehrens, das wieder von über 1000 Sassnitzern unterzeichnet wurde, dauert seit drei Wochen an. Der Initiator Norbert Dahms mahnte zur Eile, damit ein Bürgerentscheid möglichst noch in diesem Jahr stattfinden könne.